

Das Menschheitsdilemma

Welt, 16.08.2021, Axel Bojanowski

Von Axel Bojanowski

Der jüngste Report zur globalen Erwärmung hat ganz Europa in Alarmstimmung versetzt. Politiker fordern sofortige und einschneidende Maßnahmen. Der Rest der Welt jedoch reagiert völlig anders – weil es beim Klima noch nie nur ums Klima ging.

Bei der Rettung der Welt macht Indien nicht mit – jedenfalls nicht einfach so. Daran lässt Umweltminister Rameshwar Prasad Gupta keinen Zweifel: „*Wenn ihr wollt, dass wir kein CO2 mehr ausstoßen, dann bezahlt uns dafür*“, forderte Gupta im Juli von den Staaten des Westens. Sein Milliardenvolk wächst weiter, es benötigt unermesslich viel billige Energie. Vor allem Kohle soll den Bedarf decken. Doch Kohle ist die Hauptquelle des Treibhausgases CO2 und damit Motor der globalen Erwärmung.

In Sachen Klima, so scheint es, leben die Bewohner des Planeten Erde in verschiedenen Welten. Je nachdem, ob sie das Thema aus Sicht westlicher Staaten oder jener der Schwellenländer betrachten. Das zeigten die höchst unterschiedlichen Reaktionen auf den Bericht der UN-Klimaorganisation IPCC.

Nach dessen Berechnungen dürfte sich das Klima in den 2030er-Jahren bereits um mehr als 1,5 Grad gegenüber dem Ende des 19. Jahrhunderts erwärmt haben. Die US-Klimabehörde erklärte am Freitag, der vergangene Juli sei der heißeste Monat seit Beginn der Aufzeichnungen vor 142 Jahren gewesen. Der Weltklimarat warnt vor Meeresspiegelanstieg, Gletscherschmelze und der Zunahme mancher Extremwetterereignisse.

Die jüngsten Überschwemmungen in China und die Waldbrände in Kalifornien bestärkten die Stimmung in westlichen Ländern: Es müsse dringend umgesteuert werden. Ohne uns, antworten die Schwellenländer. Diese aktuelle Frontstellung lässt sich aus der Geschichte des Themas Umwelt erklären.

Heute, 26 Jahre nach der ersten Weltklimakonferenz, steigen die globalen CO2-Emissionen auch deshalb ungebremst, weil viele arme Staaten China nacheifern, das unter anderem mit leicht verfügbarer Kohleenergie binnen weniger Jahrzehnte Hunderte Millionen Menschen aus der Armut befreit hat. Kann ein Umstieg auf erneuerbare Energien gelingen, ohne armen Ländern Entwicklungschancen zu rauben? Diese Frage ist fast 50 Jahre alt. Und von Beginn an wurde sie als Machtfrage gestellt.

In den 60er-Jahren waren Umweltrisiken wie nukleare Strahlung und krebserregende Stoffe entdeckt worden, die grenzüberschreitend wirkten. Darin lagen politische Chancen. Bei der ersten UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm witterten zunächst Schweden und andere westliche Staaten, die mangels Atomwaffen über wenig Macht im Sicherheitsrat verfügten, eine Chance auf Machtgewinn – indem sie die Weltgemeinschaft jenseits des Ost-West-Konflikts im Namen der Umwelt zusammenbrachten.

Die Entwicklungsländer machten mit. Schwedens damaliger Premier Olof Palme kritisierte Washingtons Einsatz in Vietnam als „ökologische Kriegsführung“, Chinas Delegationschef prangerte westliche Staaten als Umweltsünder an, von denen „Opferstaaten Kompensationen fordern sollten“. Als Vorkämpfer der Entwicklungsländer inszeniert sich Peking noch heute.

Die Länder der damals sogenannten Dritten Welt stellten die Mehrheit in der UN-Generalversammlung. Umweltpolitik verlieh ihnen einen machtvollen Hebel, denn für ökologische Schäden konnten sie gegenüber den Industrienationen auf Wiedergutmachung pochen.

Doch schon damals gab es ein wesentliches Problem, das noch heute im Zentrum dieses Ringens steht: Teure Umweltschutzregularien drohten arme Staaten stärker zu belasten als reiche. Das Thema Umwelt diene reichen Ländern dazu, die Leiter hinter sich hochzuziehen, hieß es. „Ist denn nicht Armut der größte Umweltverschmutzer?“, fragte die damalige indische Premierministerin Indira Gandhi auf dem UN-Umweltgipfel in Stockholm.

In der Folge wuchs der Einfluss der Entwicklungsländer durch die Gründung des UN-Umweltprogramms Unep. Der Auftrag der Unep, Entwicklungsländern mehr Einfluss bei den Vereinten Nationen zu verleihen, verquickte Machtpolitik und Umweltschutz und sorgte dafür, dass auch Klimaschutz eng an die Interessenpolitik armer Länder gekoppelt war. Klimapolitik ist bis heute wesentlich Entwicklungshilfepolitik.

Ende der 80er-Jahre gründete die Unep zur Bekämpfung des Klimawandels eine eigene Institution: den Klimarat IPCC. Zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen teilten sich die Staaten 1992 in einem Abkommen in zwei Gruppen: Die Industrienationen nahmen die Schuld für die Erderwärmung auf sich und verpflichteten sich zu Gegenmaßnahmen. Dazu gehörten auch die ehemaligen Ostblockstaaten, die wirtschaftlich am Boden lagen. Die Länder der anderen, fünfmal größeren Gruppe sollten industriell aufholen, mehr Energie verbrauchen und CO₂ erzeugen dürfen. Der Nord-Süd-Gegensatz ersetzte den Ost-West-Konflikt.

Eine Vereinbarung der UN von 2010 schrieb vor, dass Industrienationen ab 2020 jährlich mit 100 Milliarden Dollar den Entwicklungsländern helfen, sich an den Klimawandel anzupassen. Das arme Griechenland sollte Geld an das reiche Katar überweisen, das laut Konvention als Entwicklungsland gilt. Die zwei Millionen Bewohner Katars produzieren ähnlich viel Treibhausgas wie 99 Millionen Philippiner – aber beide gelten als Entwicklungsländer. Und China stößt pro Kopf mehr Treibhausgas aus als viele EU-Mitglieder.

Im Weltklimavertrag von 2015 wurden erstmals auch Schwellenländer zur Mithilfe aufgefordert – aber nicht verpflichtet. Die alten Industriestaaten sollen weiter die Hauptverantwortung tragen. Alle anderen dürfen Klimaschutz betreiben, abhängig von ihren Möglichkeiten. Und ihren Interessen. China leistet verstärkt Entwicklungshilfe in Afrika und vergrößert seinen Einfluss auf dem Kontinent. Im Namen der Umwelt.

Seine eigenen Emissionen will die Volksrepublik dagegen kaum begrenzen. Ende Juli erklärte Chinas Regierung, ihre Klimaschutzziele aufweichen zu wollen, ökonomisches Wachstum habe Vorrang. Diese Woche folgte die Ankündigung, 53 Kohleminen wieder in Betrieb zu nehmen. Klimapolitik bleibt auch Machtpolitik. Das Grundbedürfnis nach billiger Energie steht im Zielkonflikt mit der Bekämpfung des Klimawandels. Es ist das große Menschheitsdilemma.

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus233148725/Klimabericht-Wenn-ihr-wollt-dass-wir-kein-CO2-mehr-ausstossen-dann-bezahlt-uns-dafuer.html?#> =